

Dienstag (Vormittag), 15. März 2022 / Mardi matin, 15 mars 2022

2. Priorität – Bau- und Verkehrsdirektion /

2^e priorité – Direction des travaux publics et des transports

86 2021.RRGR.111 Motion 084-2021 GPK (Siegenthaler, Thun)
Transparenz bei kantonalen Raumkosten – Einführung eines Verrechnungsmodells

86 2021.RRGR.111 Motion 084-2021 CGes (Siegenthaler, Thun)
Transparence sur les coûts du parc immobilier cantonal – introduction d'un modèle d'imputation des coûts

Le président. Affaire suivante : le point 86 de l'ordre du jour, une motion de la CGes. Le débat est libre. Le gouvernement propose de l'adopter sous la forme du postulat, ce que la commission rejette pour le moment. Je laisse la parole à M. le député Siegenthaler.

Peter Siegenthaler, Thun (SP), Motionär. Ich möchte der Regierung danken für die Beantwortung unseres Vorstosses. Danken möchte ich auch, dass darin eine Offenheit gezeigt wird, sich mit dem Inhalt unserer Motion auseinanderzusetzen. Diese Offenheit freut uns, denn sie war, wenn man ein wenig in die Vergangenheit schaut, nicht unbedingt in dieser Deutlichkeit zu erwarten. Vor rund neun Monaten, damals noch in der BEA-Festhalle, haben Sie, liebe Grossrätinnen und Grossräte, den Bericht der Kommission GPK zum Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) einstimmig zur Kenntnis genommen. Teil dieses Berichts war auch die Empfehlung Nummer 7. Ich zitiere sie hier kurz: «Die GPK empfiehlt dem Regierungsrat, rasch ein internes Kostenverrechnungsmodell einzuführen: Es schafft Transparenz und nimmt die Besteller und Nutzer finanziell in die Verantwortung. Ein solches Modell, das vor Jahren vom AGG bereits einmal ausgearbeitet worden und vom Regierungsrat verworfen worden war, kann einen Anreiz schaffen, dass die Direktionen mit Raumressourcen haushälterischer umgehen. Soweit nötig, sind die gesetzlichen Grundlagen anzupassen.» Kurz bevor die GPK im Frühling 2021 den Bericht zum AGG verabschiedet hat, hat der Regierungsrat das Postulat «Stufengerechtes, transparentes Management der Hochschulimmobilien» (P 291-2020) beantwortet. Der Regierungsrat liess in dieser Antwort klar durchblicken, dass er von einer Raumkostenverrechnung noch immer so wenig halte wie 2011, als er ein entsprechendes Projekt beerdigt hat. Aufgrund dieser Skepsis hat die Kommission entschieden, zusätzlich zur Empfehlung im Bericht auch die Motion einzureichen, über die wir heute miteinander diskutieren.

Die GPK möchte an dieser Motion festhalten. Warum? Zum einen sind wir der Meinung, dass es nichts als konsequent ist, wenn der Grosse Rat, der damals im Bericht A gesagt hat, jetzt auch zu dieser Motion B und Ja sagt. Wir sind zwar der Meinung, dass es inhaltlich zwischen Regierungsrat und GPK keine grosse Differenz mehr gibt. Die Kommission verlangt mit dieser Motion die Einführung *eines* Verrechnungsmodells, und zwar *irgendeines*. Entscheidend ist für die Kommission, dass die Nutzer stärker in die Pflicht genommen werden. Wenn man will, dass es nicht nur bei schönen Worten bleibt, sondern wirklich etwas verändern wird, braucht es nach unserer Meinung einen Verrechnungsansatz. Wie umfassend diese Verrechnung sein soll, welches Grundmodell man wählt, welche Ausnahmen es geben soll – über all das soll sich doch bitte der Regierungsrat Gedanken machen. Entsprechend wird die Motionsforderung auch erreicht sein, wenn man sich für ein verhältnismässig einfaches Verrechnungsmodell ausspricht. Wenn es gesetzliche Anpassungen braucht, sind solche natürlich auszuarbeiten und dem kompetenten Organ, nämlich uns Grossrätinnen und Grossräten, vorzulegen.

Der Regierungsrat ist gemäss seiner Antwort bereit, die Nutzer stärker in die Pflicht zu nehmen, beispielsweise über eine Beteiligung an den Kosten, wie er schreibt. Es werde die BVD mit der Durchführung eines Projektes beauftragen. Für den Kanton soll ein möglichst einfaches, ein griffi-

ges Modell evaluiert werden, wobei zu prüfen sei, ob für alle Nutzer das gleiche Modell geeignet sei. Nebst Verrechnungsmodellen soll dieses Projekt auch andere Formen für die Optimierung umfassen. Aus diesen Zeilen des Regierungsrates lesen wir, dass er bereit ist, Nägel mit Köpfen zu machen. Warum denn noch ein Prüfauftrag?

Die Überweisung des Vorstosses als Motion wäre ein klares Signal, dass es dem Grossen Rat ernst ist, dass er Ergebnisse erwartet. Wenn man einen Vorstoss in ein Postulat wandeln würde, dann sehen wir die Gefahr, dass vielleicht das eine oder andere überprüft wird, der Wille, *wirklich* etwas zu verändern, dann aber doch fehlt. Ähnliches ist ja schon einmal passiert. Es gab einen klaren Auftrag, ein Modell auszuarbeiten. Die Regierung hat es 2011 versenkt. Dass zumindest sechs Direktionen, nämlich all diejenigen, die in Bezug auf die Raumkosten nur als Nutzer in Erscheinung treten, gut ohne Verrechnungsmodell können leben, ist für uns nachvollziehbar. Die Motion braucht lediglich ... und folglich vielleicht auch, dass man die Direktionen, wenn ich das so sagen darf, zu ihrem Glück ... *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. Dabei kommt es zu einem kurzen Unterbruch der Audioübertragung. / Le président demande à l'orateur de conclure. Une brève interruption de la retransmission audio se produit à ce moment-là.)* Ich bin gleich fertig. Schliesslich wäre Bern nicht der erste Kanton, der ein solches Verrechnungsmodell einführt. Die Erfahrungen aus anderen Kantonen sind vorhanden und könnten helfen, ähnliche oder gleiche Fehler zu verhindern. Ich bitte Sie im Namen der GPK, diesen Vorstoss als Motion zu unterstützen.

Le président. Le motionnaire, respectivement la commission maintient son intervention sous la forme d'une motion. La parole est aux groupes. Le premier inscrit : le groupe PLR par la voix de M. le député Vogt.

Hans Rudolf Vogt, Rüfenacht BE (FDP), Fraktionssprecher. Die GPK bezieht sich auf ihren Bericht «Situation im Amt für Grundstücke und Gebäude». In diesem Bericht wurde darauf hingewiesen, dass ein internes Kostenmodell betreffend Raumkosten eingeführt werden soll. Es geht darum, dass damit die Kosten optimiert werden sollen. Der Zeitpunkt für die Einführung dieses Verrechnungsmodells ist sicher günstig, weil das Einführen von SAP als kantonale Steuerungs- und Logistiksoftware entsprechende technische Möglichkeiten bietet. Übrigens gibt es auch in anderen Kantonen entsprechende gesetzliche Grundlagen. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die Raumbewirtschaftung schon heute effizient und wirtschaftlich erfolge.

Die GPK ist hier anderer Meinung und deshalb überzeugt, dass das neue Verrechnungsmodell dazu führen würde, dass die Nutzer ihre Raumbedürfnisse, die sie selber budgetieren müssten, hinterfragen würden. Dadurch könnten erhebliche Kosten eingespart werden. Die Fraktion der FDP unterstützt diesen Vorstoss der GPK auch als Motion.

Martin Egger, Frutigen (glp), Fraktionssprecher. Im Rahmen einer Überprüfung des AGG hat die GPK Feststellungen gemacht, die für diese Motion entscheidend waren. In seiner Stellungnahme zum Bericht der GPK hat der Regierungsrat zwar in Aussicht gestellt, sämtliche Empfehlungen der GPK umzusetzen. Was allerdings die erwähnte Empfehlung zur Kostenverrechnung betrifft, hat die glp beträchtliche Zweifel, weil der Regierungsrat kürzlich beim Geschäft im Zusammenhang mit den Immobilien der Universität festgehalten hat, dass er internen Kostenverrechnungen skeptisch gegenübersteht.

Der Regierungsrat hat schon 2008 entschieden, per 1. Januar 2011 eine Leistungs- und Raumkostenverrechnung der gesamten Verwaltung einzuführen. Er hat aber das wichtige Vorgehen wieder abgebrochen. Es ist sehr wichtig, eine solche Kostenverrechnung einzuführen, weil unsere verfügbaren finanziellen Mittel im Kanton den riesigen Investitionsbedarf der nächsten Jahre nicht zu decken vermögen. Weil es sich bei der Empfehlung 7 im GPK-Bericht um ein absolutes Schlüsselanliegen handelt, das sehr wichtig ist, unterstützt die glp diesen Vorstoss als Motion einstimmig.

Hasim Sancar, Bern (Grüne), Fraktionssprecher. Die grüne Fraktion hätte die Motion gerne – wie der Regierungsrat – als Postulat angenommen. Wenn die Motion nicht umgewandelt wird, wird es in unserer Fraktion einzelne ablehnende Stimmen geben.

Die GPK verlangt, dass für die kantonale Immobilienbewirtschaftung zum Einsparen von Kosten ein Verrechnungsmodell eingeführt wird. Es ist tatsächlich so, dass einem die Kosten in der Immobilienbewirtschaftung dann bewusst werden, wenn sie schwarz auf weiss auf dem Tisch liegen, wenn diese Kosten für das Budget der Direktionen oder Ämter Konsequenzen haben. Wer bestellt, der soll sich der kostenbedingten Konsequenzen bewusst sein. Es muss uns aber auch klar sein, dass wir hier kein Milchbüchlein führen und der Verwaltung neue grosse Aufwände verursachen dürfen, obwohl der Grosse Rat bekanntlich immer wieder einen Stellenabbau beschliesst.

Zudem überzeugt uns die Antwort des Regierungsrates, dass in einer breiten Verwaltung wie im Kanton Bern im Justizbereich und im Bereich der Bildungsinstitutionen unterschiedliche Raumbefürfnisse bestehen und diese entsprechend berücksichtigt werden müssen.

Die Antwort des Regierungsrates reicht uns aber nicht, wenn er schreibt, dass «der Regierungsrat der Ansicht ist, dass die Raumbewirtschaftung heute grundsätzlich effizient und wirtschaftlich erfolgt». Auch mit einem Postulat, das wir unterstützen würden, müsste der Regierungsrat mehr unternehmen, um das Kostenbewusstsein zu erhöhen und die Kosten zu senken. Wie die GPK feststellt, besteht bei der Optimierung der Immobilienbewirtschaftung Handlungsbedarf. Daher begrüssen wir, dass der Regierungsrat bereit ist, entsprechende Optimierungen zu erarbeiten und diese einzuführen. Wir unterstützen den Regierungsrat, dass er die nötigen Grundlagen schaffen und die BVD mit der Durchführung eines Projekts beauftragen will, um Optimierungen bei der Immobilienbewirtschaftung und die Stärkung der Mitverantwortung der Nutzerdirektionen zu erreichen. Das ist ein gutes Vorgehen.

Die grüne Fraktion wird den Vorstoss geschlossen als Postulat annehmen, falls er umgewandelt wird. Bei der Motion gibt es einzelne ablehnende Stimmen.

Matthias Matti, Zweisimmen (Die Mitte), Fraktionssprecher. Im Raumkonzept des Kantons Bern besteht heute kaum ein Anreiz, der den sparsamen Umgang mit den Raumressourcen fördert. Heute können die Direktionen ihre Fläche bestellen und werden weder bei den Investitionen noch nachher im Betrieb zur Kasse gebeten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, glauben Sie mir: Wenn ich zum gleichen Preis zwischen einer Achtzimmerwohnung und einer Zweizimmerwohnung wählen könnte, ich nähme die Achtzimmerwohnung. Und glauben Sie mir: Ich würde auch eine Begründung dafür finden, wieso ich mich in der Achtzimmerwohnung wohler fühle als in der Zweizimmerwohnung.

Der Regierungsrat schreibt in der Antwort an die GPK, dass für die Direktionen kein unmittelbarer Nutzen dieser Kostenverrechnung besteht. Bingo! Genau darum geht es. Es soll gar keinen Nutzen bringen, sondern es soll das Bewusstsein schärfen für einen sparsamen Umgang mit den Raumressourcen und mit den Kantonsfinanzen. Jede Direktion soll die Kosten für ihren Raumbedarf im jährlichen Budgetprozess verantworten und so einen Anreiz gegen ein ungebremstes Wachstum der Fläche in der Verwaltung erhalten.

Der Regierungsrat ist wie die GPK der Meinung, dass der Ansatz der Kostenverrechnung geeignet ist und viele Kantone und auch der Bund das bereits heute so machen. Das Modell soll wirklich einfach gehalten werden und es sollen eben *nicht* wie in der Antwort vom Regierungsrat Unterschiede zwischen den verschiedenen Direktionen gemacht werden, sondern es soll ein einfaches Verrechnungsmodell erarbeitet werden, das den sparsamen Umgang mit unseren Ressourcen und Finanzen fördert.

Die Mitte unterstützt die Motion der GPK einstimmig.

Le président. Vous avez trouvé ce matin sur vos places un petit lapin en chocolat, signe d'au revoir de la part de M. le député Haas. Merci beaucoup pour le geste.

Le prochain groupe annoncé, l'UDC par la voix de M. le député Marti.

Willy Marti, Kallnach (SVP), Fraktionssprecher. Diese Motion soll dazu führen, dass etwas zurückhaltender bestellt werden sollte. Es wird einfach gerade etwas gar teuer bei uns im Kanton Bern. Dieses Ziel sehen oder sähen wir eigentlich auch sehr gerne erfüllt – das Ziel. Aber den Weg dazu halten wir für sehr, sehr schwierig. Was muss alles berücksichtigt werden, wenn man irgendwie einen Katalog aufstellen will, um Anreize aufzulisten? Was soll wirksam werden? Wie wollen wir

honorieren? Die Flächen: Wenn wir schauen, dass die Flächen möglichst reduziert werden ... Die Ausstattung: Soll die Ausstattung ein bisschen einfacher gemacht werden? Die Baustandards, bei denen wir sicher der Meinung sind, dass dort vielfach etwas über das Ziel hinausgeschossen wird ... Muss dann nicht auch die Erschliessung noch irgendwie eine Rolle spielen? All das: Wie wird was wo gewichtet? Es ist einfach schon sehr schwierig, ein Reglement in zwingender Form auszuarbeiten. Wir haben das Gefühl, es muss einfach etwas gemacht werden, und trotzdem weiss niemand so recht, wie, wo, was. Und dies dann in zwingender Form bestellen ... Aus diesem Grund haben wir von der SVP etwas Mühe. Eine Mehrheit sieht das in Form der Motion nicht und lehnt sie ab. Ein Postulat hingegen wird einstimmig unterstützt.

Tom Gerber, Reconvilier (PEV), porte-parole de groupe. Cette motion de la CGes demande l'introduction d'un modèle d'imputation des coûts immobiliers. Je le dis tout de suite : le groupe évangélique soutient unanimement cette demande sous sa forme contraignante. Pourquoi et quels en sont les avantages ? J'aimerais tout d'abord dire que cette motion contient un réel enjeu en termes de gestion de notre canton et je crois qu'ici, nous sommes tous d'accord, chacun de nous a pour but que l'Etat utilise de manière efficace et efficiente les moyens que les citoyens mettent à notre disposition, à la disposition de l'Etat, sous forme d'impôts. J'aimerais aussi relever que soutenir cette motion n'est en aucun cas une accusation de mauvaise gestion envers qui que ce soit.

Mais quand vos moyens sont limités et que vous souhaitez utiliser vos moyens de manière économique et efficiente, que faites-vous ? Was machen Sie, wenn Ihr Portemonnaie halb leer ist und Sie effizient wirtschaften wollen? Dann machen Sie eine Buchhaltung, und zwar so, dass Sie aufgrund Ihrer Buchhaltung feststellen können, was wieviel Geld kostet und was wieviel Geld bringt. Der Kanton macht das ja weitgehend. Aber – und da ist ein grosses «Aber» – eben nicht für die Raumkosten. Und darum ist es höchste Eisenbahn, das zu ändern – und nicht noch einmal zu prüfen, denn das wurde schon gemacht, sondern Nägel mit Köpfen zu machen.

Si, par le passé, les données nécessaires pour introduire un tel système faisaient souvent défaut, cela n'est plus le cas aujourd'hui. L'introduction d'un tel système ne sous-entend aucunement qu'il est interdit de faire preuve d'un certain pragmatisme pour ne pas sombrer dans une bureaucratie inutile, et mon collègue Marti a relevé un certain nombre de questions. Bien sûr, ce n'est pas toujours simple, mais, si on veut trouver une solution, on en trouve, ça ne doit pas forcément donner lieu à une immense bureaucratie. Soyons un peu pragmatiques.

Je vous invite donc tous à faire un pas important et absolument indispensable dans la bonne gestion de notre canton et d'accepter la motion de la CGes. Machen Sie bitte einen richtigen Schritt in die Richtung eines effizienten Kantonshaushalts und nehmen Sie bitte die Motion an.

Stefan Bänz Müller, Innerberg (SP), Fraktionssprecher. Die Antwort des Regierungsrates auf die vorliegende Motion zeigt, dass die GPK richtig liegt mit ihrer Einschätzung, dass die Umsetzung der GPK-Empfehlung durch den Regierungsrat nicht gerade mit Überzeugung vorangetrieben wird. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion stützt deshalb die Haltung der GPK, an der vorliegenden Motion festzuhalten. Es ist uns wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Motion ganz bewusst einfach *ein* Verrechnungsmodell fordert und dabei offenlässt, welcher Art dieses Modell sein soll. Die Motion lässt also der Regierung genau den Spielraum, den diese sich wünscht. Eine Wandlung in ein Postulat ist deshalb unnötig. Mich beschleicht das ungute Gefühl, dass via Postulat dann bloss geprüft werden soll, warum es eben gerade *kein* Kostenmodell bräuchte. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion steht deshalb zum Anliegen der GPK, ein Verrechnungsmodell einzuführen. Sie stimmt der Motion klar zu und spricht damit der BVD die Kompetenz zu, das richtige, für das AGG passende Modell zu evaluieren.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU), Fraktionssprecher. Die EDU-Fraktion hat Sympathie für die Einführung eines Verrechnungsmodells der Raumkosten. Wir unterstützen dieses Anliegen und stimmen der Motion zu.

Daniel Bichsel, Zollikofen (SVP), Einzelsprecher. Soweit es um eine effiziente Belegung und Nutzung der Räumlichkeiten in diesem Kanton geht, ist überhaupt nichts dagegen einzuwenden. Wir

haben dies im Rahmen des neuen Finanzhaushaltsgesetzes auch in der FiKo angeschaut und sind mehrheitlich zur Auffassung gekommen, dass die Gefahr besteht, dass wir hier einen Riesenberg an Bürokratie auslösen könnten. Wir wissen, dass man es im Kanton Bern immer besonders gut machen will – wenn man es so beschliessen würde –, wie wir es beim New Public Management (NPM) gesehen haben. Man würde ordnerweise Sachen sammeln – Hauptnutzflächen, Nebennutzflächen, Abstellflächen würde man differenzieren. Das sehen wir alles schon kommen. Und dann machen wir nichts anderes, als das Geld aus einer Hosentasche in die andere Hosentasche zu tun. Es besteht die Gefahr – ich benenne das als Gefahr – einer grossen Bürokratie. An diejenigen, die gesagt haben, man müsse das unternehmerische Denken der einzelnen Abteilungen fördern: Es ist einfach so, dass diese zum Teil nicht die Freiheit und die Kompetenz haben, einfach zu wechseln, aus einer Altstadtliegenschaft hinauszugehen und sonst irgendwo hinzugehen. Da ist ein gewisses Korsett vorhanden.

Noch einmal: Gegen eine effiziente Raumbellegung und dass man das anschaut ... Man hat ja jetzt auch mit der neuen Strategie die Flächen definiert, die die Ämter und Abteilungen haben können. Baustandards kann man ebenso definieren, ohne dass man gerade in ein Verrechnungsmodell kommen muss. Deshalb habe ich eigentlich empfohlen, das nicht als Motion, sondern als klassischen Prüfauftrag zu überweisen. Einer Motion würde ich zustimmen, wie das auch vereinzelte Mitglieder der FiKo gemacht hätten.

Christoph Neuhaus, BVD-Direktor. Der Regierungsrat im Allgemeinen und ich im Speziellen stimmen zu 120 Prozent mit der GPK überein. Das aktuelle System zur Verrechnung der Raumkosten hat Potenzial. Es kann und soll verbessert werden – dies vor allem auch vor dem Hintergrund der steigenden Bedürfnisse der Nutzenden und der Tatsache, dass die Bestellerinnen, die Besteller, die Nutzenden die Räume im aktuellen System bestellen können. Sie haben die Kosten aber in keiner Art und Weise zu verantworten. Da besteht eben auch die Gefahr von Fehlanreizen. Ich war aber überrascht – wir haben das angeschaut –: Obwohl man heute im Kanton Bern einfach Raumbedarf anmelden kann, ist es im Bildungsbereich nicht so, dass wir im nationalen Vergleich signifikant mehr Räumlichkeiten gebraucht hätten. Man muss also die Uni, so oft man sie schilt, immer auch wieder mal rühmen.

Aber der Regierungsrat will es nicht immer gleich machen: Er will es künftig nicht nur anders machen – er will es besser machen. Weil die betrieblichen Bedürfnisse, weil die institutionellen Rahmenbedingungen für die Nutzenden unterschiedlich sind, ist der Regierungsrat davon überzeugt, dass die Methode des Verrechnungsmodells nicht überall gleich angewendet werden kann. Und damit wir das bestmögliche Resultat erzielen können, wollen wir unterschiedliche Modelle, wollen wir die Möglichkeiten der Kostenverrechnung prüfen und wollen vor allem schauen, dass wir aus dem Digitalisierten, das wir bis jetzt haben, möglichst gute Zahlen herausziehen können, und nicht wieder irgendetwas Neues kreieren. Auch Anreize bezüglich der spezifischen Ausgangslage der Nutzenden und andere Formen für die Optimierung der Immobilienbewirtschaftung können zielführend sein und sollten in die Analyse einfließen. Wir machen beispielsweise bei den 627 Labors der Uni eine Übersicht, was das für Typen sind, wie die genutzt werden. Schon nur, wenn man das transparent macht, hat das eine Wirkung.

Und wieso beantragt der Regierungsrat, den Vorstoss als Prüfauftrag oder Postulat anzunehmen und nicht als Motion? Es ist genau, wie Daniel Bichsel gesagt hat: Ein Modell ist relativ schnell gezimmert, und nachher ist es ein grosses Problem: Was passiert dann? Wenn Sie z. B. das Stiftsgebäude nehmen, das früher ein Jesuitenstift war, drüben bei in unserem schönen Münster, ist ganz klar: Da haben Sie Quadratmeterpreise von 10'000, 15'000, 20'000 Franken. Und wenn Sie irgendwo aufs Land hinausgehen, sinkt dieser Preis dramatisch. Es braucht noch viel Arbeit, und diese Arbeit wollen wir leisten. Wir wollen das anschauen. Aber wir wollen auch schauen, dass wir das abstimmen auf die hohe Auslastung des AGG und vor allem, dass wir nicht einfach einen Administrationsmoloch kreieren, sondern dass wir eben mit den jeweiligen Modellen auch entsprechend arbeiten können. Wir wollen das sauber anschauen können. Wir haben im vergangenen Jahr einen ersten Schritt gemacht mit der Anpassung der Quadratmeterzahlen des Regierungsratsbeschlusses von 1994. Schon das hatte eine erste Wirkung, und ich bin froh, wenn Sie uns da unterstützen und

mir helfen, dass wir schrittweise weitergehen können. Aber eine Motion wäre jetzt wirklich übermotorisiert. Mit einem Postulat, mit einem Prüfauftrag, dem Sie klar zustimmen, geben Sie da Rückenwind.

Le président. Je cède encore la parole au porte-parole de la commission, à M. le député Siegenthaler.

Peter Siegenthaler, Thun (SP), Motionär. Ich danke Ihnen für die sachliche und gute Diskussion. Wir wandeln nicht, wir halten an unserer die Motion fest. Ich habe in meinem Eintretensvotum ganz deutlich gesagt, dass wir nicht sagen, es werde einfach. Das haben wir in keiner Art und Weise behauptet. Wir sehen die Schwierigkeiten, die das mit sich bringt, aber letztendlich sind wir auch hier in diesem Saal, um schwierige Geschäfte in Angriff zu nehmen. Uns bewegt vor allem, an der Motion festzuhalten, dass wir schon einmal an diesem Punkt waren – ich habe versucht, das auszuführen – und dass schon einmal ein klarer Auftrag des Grossen Rates beerdigt wurde. Deshalb danke ich Ihnen vielmals, wenn Sie mit uns zusammen an dieser Motion festhalten und damit auch ein Zeichen setzen. Ich habe das Gefühl, es ist auch eine Stärkung des AGG, über das wir hier in diesem Saal mehrmals diskutiert haben. Wir haben uns auch dazu entschieden, die personellen Ressourcen aufzustocken aufgrund der Einsicht, die im Grossen Rat herrschte. Es dünkt mich, es wäre ein auch Instrument, das man ihnen in die Hand geben dürfte, damit es zu einer Stärkung ihrer Position käme.

Ganz zum Schluss: Ich habe mit grosser Freude zur Kenntnis genommen, dass der Herr Regierungsrat mit 120-prozentiger Übereinstimmung mit der Kommission ist. Das freut mich ausserordentlich. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Le président. La parole n'est plus demandée. Nous allons voter sur cette affaire du point numéro 86 de l'ordre du jour. La commission maintient l'intervention sous la forme d'une motion. Nous allons donc voter : les député-e-s qui acceptent cette proposition votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.111

Annahme / Adoption

Ja / Oui	114
Nein / Non	19
Enthalten / Abstentions	9

Le président. Vous avez accepté cette intervention sous la forme d'une motion.